

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Gnepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 85

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 33.— monatlich M. 11.—

Halver
Sonntag, den 9. April 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 40 Bg., auswärts 50 Bg., im Retameteil 1 mm hoch 90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichstankler gab vor seiner Abreise nach Genua im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages die Richtlinien der Antwort auf die Reparationsnote in vertraulicher Aussprache bekannt.
- * Der Reichstag nahm einen interfraktionellen Antrag über die Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete an.
- * Der Preussische Landtag hat sich auf den 3. Mai vertagt.
- * Von den 15 Mitgliedern der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstage haben 12 ihren Abtritt zur U. S. P. Fraktion erklärt.
- * Die fünf alliierten Großmächte werden ohne Zuziehung der kleinen Entente am Sonntag in Genua eine Vorkonferenz abhalten.
- * Poincaré hielt in der französischen Kammer eine neue Rede gegen das angeblich auf Rache sinnende Deutschland.
- * Die ungarische Regierung hat die Rückkehr der Erzherzogin Rita nach Ungarn genehmigt.

Feiertag.

So alt wie das eiserne „Muß“, das uns Menschen zwingt, alle unsere Kräfte im Kampfe ums Dasein einzusetzen, so alt ist auch die Sehnsucht nach Ruhe, nach einer kurzen Zeitpause, in der wir die Last von Mühe und Arbeit, die auf unseren Schultern liegt, für ein Weilschen niederlegen können. So tief ist dieses Bedürfnis nach einem zeitweiligen Stillstehen und Ausruhen in der Jagd der Werttage in unserer Natur eingewurzelt, so unumgänglich notwendig ist es, ihm Folge zu geben, wenn nicht Kraft und Gesundheit frühzeitig zugrunde gerichtet werden sollen, daß von den ältesten Zeiten menschlicher Geschichte her alle Völker regelmäßige Feiertage nicht nur als etwas Erlaubtes kannten, sondern als etwas Gebotenes, auf dessen Einhaltung streng geachtet wurde. Wie in so vielen Dingen, die im Grunde rein weltwirtschaftliche oder hygienische Notwendigkeiten erfüllen, hat sich die Gesetzgebung und vor allem die Religion auch des Feiertags bemächtigt und ihn seit Jahrtausenden in feste Regeln gefaßt, die nur wenigen Schwankungen unterworfen sind. Es ist jedoch nicht die bloße Ruhe allein, die uns zur Belebung unserer abgearbeiteten Lebensenergie nützt, ebenso wohlthätig wirkt die Ablenkung von der gewohnten gleichförmigen Beschäftigung des Alltags und die Hingabe an Lebensinhalte anderer Art, als sie uns Tag für Tag ausfüllen. Der Ursprung der Feiertage in einer grauen Urzeit, in der Arbeit im wesentlichen immer körperliche Arbeit bedeutete, bringt es mit sich, daß diese Ablenkung immer in einer Hinneigung zu geistigen Dingen bestehen mußte, daß also bei den Naturvölkern die großen Erscheinungen der Natur selbst, Frühlingsanfang und Sonnenwende, bei kultivierten Nationen die großen Erinnerungstage aus ihrer Religion und ihrer nationalen Geschichte, wohl auch besondere Ereignisse aus dem geistigen und künstlerischen Leben der Völker, an solchen Tagen jede andere Tätigkeit zu verbieten und der Feier einer Idee zu leben.

Die den Feiertagen zugrunde liegenden Ideen können von sehr verschiedener Art sein. Eines ist der Zauber des Weihnachtstages als die Welke eines nationalen Erinnerungstages, anders das stille Gedenken an teure Tote als die jubelnde Lust der wieder bevorstehenden Osterfestes, in welchem sich religiöser Kult und tiefes Naturerfinden geheimnisvoll miteinander verweben. Eines aber ist allen Feiertagen gemeinsam: Es muß ihnen ein tiefer seelischer Kern innezuwohnen, und dieser muß dem ganzen Volke fest und klar im Bewußtsein ruhen. Daher können Feiertage ihre rechte Wirkung nur haben, wenn sie entweder aus einer langen Überlieferung herkommen, die ihnen das Mythenum eines fast sagenhaft gewordenen Ursprungs verleiht, oder wenn sie jüngerer oder allfänglicher Herkunft sind, dann wirklich aus der großen Flamme eines das ganze Volk erhebenden, frohen, belebenden Ereignisses als Niedererschlag für künftige Zeiten erhalten bleiben.

Dieser Gesichtspunkt muß festgehalten werden, wenn man die gegenwärtigen Bestrebungen bewerten will, die auf die Einrichtung zweier neuer Feiertage gerichtet sind. Bereits in der Weimarer Nationalversammlung und vor wenigen Monaten wieder im Deutschen Reichstage sind die Anträge, den 1. Mai und den 9. November zu allgemeinen gesetzlichen Feiertagen zu erklären, mit allen berechtigten Stimmen gegen alle sozialistischen Stimmen abgelehnt worden. Ebenso erging es einem gleichen Antrag im Preussischen Landtag. Umgekehrt ist jetzt aber die Lage im früheren Königreich und jetzigen Freistaat Sachsen. Dort hat der Landtag mit der knappen sozialistischen Mehrheit, die in ihm regiert, beschlossen, diese beiden Tage zu Feiertagen zu erklären. Damit hat es aber noch nicht sein Bewenden. Die deutschnationale Partei in Sachsen hat den verfassungsmäßigen Weg des Volksentscheides beschritten, um diesen Beschluß wieder aufzuheben. Es ist also binnen kurzem zu erwarten, daß die Bevölkerung Sachsens selbst bekunden soll, ob sie diese beiden Tage als Feiertage empfindet oder nicht. Von der rechten Seite her wird der Kampf gegen diesen Beschluß des Landtages mit der Begründung geführt, daß diese Tage keineswegs dem ganzen Volke, sondern nur den Anhängern einiger Parteien wertvolle geistige Inhalte bedeuten, daß insbesondere der 9. November keine große erhebende Erinnerung, sondern vielmehr die schmerzhafteste und düsterste Stunde des Zusammenbruchs bezeichnet, und daß schließlich beide Tage den ausgesprochenen Charakter des Kampfes eines Volksteils gegen den andern, nicht aber den Geist einer das ganze Volk einenden großen Idee in sich tragen.

Zweifellos ist die Einrichtung des Volkseides gerade in einer solchen Frage das richtige Mittel, um den rechten Weg zu finden, denn ein Feiertag kann nicht als ein Objekt der Politik oder der Parteipolitik behandelt

werden, sondern er ist seinem innersten Wesen nach eine Angelegenheit des Lebens der Volkseele, die mitunter andere Regungen kennt als die Berufspolitiker in den Parlamenten. Insofern dürfte der bevorstehende Volkseid in Sachsen auch für das ganze Reich zu einem bedeutsamen Vorzeichen für die Regelung dieser Streitfrage werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Nachmals ein Einigungsversuch Calonder's.
Der Präsident der polnisch-deutschen Konferenz, Bundesrat Calonder, wird in Genf nochmals einen Einigungsversuch in dem deutsch-polnischen Streit über die Liquidation der deutschen Güter und Interessen in Oberschlesien vornehmen. Er hat zu diesem Zweck die beiden Delegationen für den 8. April zu einer Sitzung nach Genf eingeladen. Sollte dieser letzte Versuch, zu einer Einigung zu gelangen, erfolglos bleiben, so wird Präsident Calonder in öffentlicher Sitzung am Mittwoch, dem 12. April, seinen Schiedsspruch fällen.

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.
Beim Reichspräsidenten fand eine Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion statt. Reichskanzler Brüch und andere Minister sowie hervorragende Vertreter der Landwirtschaft nahmen teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausschuss der Deutschen Landwirtschaft angeregten Hilfswerks der Deutschen Landwirtschaft in eingehender Aussprache erörtert, die zu diesem Zweck im einzelnen zu treffenden gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen werden auf Grund der stattgefundenen Besprechung von den zuständigen Ressorts im Benehmen mit den Vertretungen der Deutschen Landwirtschaft usw. alsbald vorbereitet und beraten werden.

Gesetzliche Maßnahmen gegen die Not der Presse.
Ein Antrag aus allen Parteien des Reichstages, mit dem Präsidenten Loebe an der Spitze der Unterzeichner, ersucht die Reichsregierung, mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete wirksam gesteuert wird. Der Reichstag erwartet diesen Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt begonnen werden kann. Präsident Loebe wird den Antrag selbst begründen.

Eine unsichere „Einheitsfront“.
Die Beratung der Vertreter der drei sozialistischen Internationales in Berlin ist in einer Schlussitzung in mitternächtlicher Stunde mit einer gemeinsamen Erklärung zu Ende geführt worden, an der ein Unterausschuss gegen 9 Stunden lang arbeiten mußte, ehe sich eine annehmbare, aber auch wenig inhaltreiche Mittellinie fand. Es wird darin vorgeschlagen, ein Komitee zur Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweitertem Maßstabe einzusetzen. Dagegen wird die Veranstaltung einer allgemeinen Konferenz während der Konferenz von Genua nicht für möglich gehalten. Die Konferenz fordert schließlich die Arbeiter aller Länder auf zu Massenkundgebungen während der Konferenz von Genua, und zwar am 20. April oder am 1. Mai. Nicht in die gemeinsame Erklärung aufgenommen wurde ein Beschluß der Wiener Internationale, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusetzen, denn die Russen wollen die in Moskau gefangenen Sozialdemokraten nicht freilassen. Dementprechend wird die neue proletarische Einheitsfront von der sozialdemokratischen Presse mit kühlster Zurückhaltung beurteilt.

Spaltung in der Reichseisenbahngemeinschaft?

In der in Berlin tagenden Reichseisenbahngemeinschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter ergab die Neuwahl des Vorstandes die Wiederwahl Menne, Scharf, Schwerdt und anderen an der Streikbewegung hervorragend beteiligten Führern, während diejenigen Mitglieder, die Gegner des letzten Streiks der Reichseisenbahngemeinschaft waren, nicht wiedergewählt wurden. Nach seiner Wiederwahl hielt Menne eine Rede, in der er der Regierung und dem Deutschen Beamtenbund aufs neue scharfen Kampf ansetzte. Er erklärte, daß, so lange er das Steuer der Reichseisenbahngemeinschaft in Händen habe, nicht ein einziger Gemeindegewalt auf der Strecke bleiben werde. Er werde zusammen mit seinen Freunden dafür sorgen, daß auch der Deutsche Beamtenbund seine bisherige Neutralität aufgeben und sich auf den Kampf einstellen werde. „Zur der Deutschen Beamtenbund das nicht“, so erklärte Menne, „dann soll er zum Teufel gehen.“ Dann wurde die Tagung geschlossen. In Berlin will man wissen, daß die Wiederwahl Menne's zu einer Spaltung in der Organisation der Eisenbahner führen werde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Entschuldigungsanträge verdrängte Ostdeutsche werden vom 1. April 1922 ab nicht mehr durch die Entschuldigungskommissionen, welche diese Tätigkeit einstellen, sondern durch die neu errichteten Spruchkammern des Reichsentchuldigungsamtes bearbeitet.

Leipzig. Wie das Auslandsamt der deutschen Studentenschaft mitteilt, wird als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, an der Leipziger Internationalen Studentenkonferenz teilnehmen.

München. Der unter dem dringenden Verdacht des Landesverrats in Berlin verhaftete Freiherr von Leoprechting ist der Münchener Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Moskau. Die amerikanische Heereszeitung kündigt an, daß in den Monaten Mai und Juni je vier Truppentransporte mit sämtlichen amerikanischen Truppen den Rhein verlassen werden.

Köln. Die Elsaß-Lothringer, die im deutschen Heer gedient haben, sind ohne Berücksichtigung des dabei errungenen Dienstgrades als Soldat zweiter Klasse, d. h. als Gemeine nach dem früheren deutschen Begriff in die französische Demobilisierungsliste eingetragen worden.

Moskau. Am 30. März wurde mit der Einziehung der Koschaken in den Synagogen und am 31. März in den Kirchen begonnen. In einem Tag wurden etwa 60 Pnd Gold und Silber beschlagnahmt.

Moskau. Der Umsturz in Labi-wostok ist vollzogen. Mertulow hat sich zu den Japanern gesellt. An der Spitze der neuen Regierung steht Goldweil.

Deutscher Reichstag.

(205. Sitzung.) CB. Berlin, 7. April.

Eine Menge von Abstimmungen fanden gestern noch statt, so daß die Sitzung bis in die Nacht dauerte. Die Entschließung, daß weibliche Beamte und Hilfskräfte wegen unehelicher Mutterchaft nicht entlassen oder diszipliniert werden dürfen, wird mit 199 gegen 156 Stimmen abgelehnt, das Gesetz über Befreiung der bisherigen Schaumweinsteuer (dafür höhere Besteuerung) und Änderung des Weinsteuergesetzes wird endgültig angenommen. Ferner werden angenommen Anträge über studentische Wirtschaftsbefreiung, Einheitsdienographie. Eine Resolution über Alkoholverbotsgesetzgebung wird abgelehnt.

Die an der Spitze der heutigen Tagesordnung stehenden drei kleinen Anträge konnten nicht erledigt werden, weil die Fragesteller nicht antworten konnten. Präsident Loebe bedauerte das, zumal jede Anfrage 710 Mark Kosten verursacht. Dann trat man in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Verjüngung der in Folge der Annahme des Ultimatums der Verbündeten

entlassenen Soldaten des Reichsheeres. Abg. Albrecht (U.-Soz.) bedauerte, daß diese Angelegenheit im letzten Augenblick zur Verhandlung gestellt werde. Präsident Loebe erwiderte, daß die Geschäftsleitung des Reichstages in dieser Hinsicht kein Vorwurf treffen könne.

Das Gesetz wurde darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf folgte die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über Änderung von Gebührentarifen in der Unfallversicherung. Auch dieses Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dasselbe geschah mit dem Gesetz über Änderung der Reichsversicherungsgesetzgebung.

Die Not der Zeitungen.

Nun kam man zu dem Antrag Loebe (Soz.), der, von den verschiedensten Parteien unterstützt, sich gegen die Not der Zeitungen wendet. Über diesen Antrag hat die Reichsregierung versucht, mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete wirksam gesteuert wird. Der Reichstag erwartet diesen Entwurf so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt begonnen werden kann.

Zur Begründung seines Antrages führte der Präsident Loebe (Soz.) u. a. aus: Während das Wirtschaftsleben in Deutschland sich in einer Scheinblüte befindet, sind in den letzten Monaten

170 deutsche Zeitungen eingegangen.

Dabei kommen nicht nur kleine Zeitungen in Frage. Durch die Steigerung der Papierpreise werden die Zeitungen gezwungen, das Wertvollste ihres Lesens zu übermitteln. Sie werden zu Nebenbetrieben fremder Gewerbe. Sie werden aufgestaut von Wirtschaftskongressen, eine Entwicklung, die die politische Selbstständigkeit, die die Eigenart und auch unser Stolz in Deutschland gewesen ist, untergräbt, so daß die Zeitungen nicht mehr die Vertreter selbstständiger politischer Gruppen sind, sondern als Anhängel von Interessengruppen auftreten, und da, wo Eisenblech oder Zehnpartei Gewinne abwerfen, können solche Nebenbetriebe unterhalten werden. Diese Entwicklung enthält eine

ungemein schwere soziale, kulturelle und nationale Gefahr, vor der gerade wir im Deutschen Reichstag die Augen nicht verschließen dürfen. Aber auch die Regierung muß die Tragweite dieser Entwicklung übersehen und einschreiten. Wir bedürfen unsere Entschließung auch auf die Zeitungsfrage aus und wollen die Reichsregierung ermächtigen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages die bisher beratenen Abhilfsmittel in Form gesetzgeberischer Vorschläge zusammenzufassen. Vorgeschlagen ist die Aufsicht über die Zeitungen (Schlesien) werden die Zeitungen unter Papiermangel, nach Polen und der Tschechoslowakei gehen aber große Mengen Papier hinaus. Diesem Treiben muß Einhalt geschehen. Solange uns die großen Wabungen des Ostens in Polen und Rußland verschlossen sind, ist eine Herabdrückung des Preises schwierig zu erreichen. Aber hoffentlich wird in den nächsten Monaten manches geschehen. Solange aber muß Fürsorge getroffen werden, daß der wichtigste Rohstoff des Papiers zu erträglichen Preisen der Fabrikation zugeführt wird. Es handelt sich dabei um Holz aus Privat- und Staatswaldungen. Diese müssen es sich überlegen, ob sie Raubbau an dem deutschen Volksgut treiben wollen.

Unwiederbringliches geht verloren, wenn immer mehr Zeitungen eingehen.

Energische Schritte sind hier nötig. Die Zeitungen können vom Export nicht leben, sie können auch nicht die Bezugspreise beliebig erhöhen. Sie werden dann abbestellt. Die Zeitungen sind nicht nur als wirtschaftliche Betriebe anzusehen, sie haben auch ein hohes öffentliches Amt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung muß der Überwindung der deutschen öffentlichen Meinung entgegenwirken. Reichstag und Reichsregierung müssen versuchen, dieses wichtige Gut über die schwere Zeit hinwegzubringen. (Lebhafte Beifall allerseits.)

Staatssekretär Dr. Girsch erklärte darauf, die Regierung erkenne die schweren Gefahren, die die Preissteigerung auf dem Gebiete des Zeitungswezens für die ganze politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes bedeute.

Die Regierung ist bereit, auf den Boden des heutigen Antrages zu treten und gesetzliche Maßnahmen zu prüfen und zu fördern. Inzwischen wird auf dem Gebiete der Tarifpolitik und hinsichtlich der Heranziehung von Ausfuhrerträgen zur Verbilligung im Inlande vorgegangen werden. Wir werden mitteilen, daß die Presse auch künftighin in der Lage sein wird, ihre überaus wichtige politische, kulturelle und wirtschaftliche Aufgabe in einer Weise zu fördern, die die Eigenart ihrer bisherigen Entwicklung wahr und erhält.

Hierauf wurde der Antrag einstimmig, wie von dem den Vorsitz führenden Vizepräsident Dittmann ausdrücklich festgesetzt wurde, angenommen. (Beifall.)

Alsdann wurde die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fortgesetzt, und zwar bei der Gruppe Polizei und Technische Nothilfe.

Hg. Bernst (Deutschnat.) bemerkte u. a., bei der Schutzpolizei zeigen sich Zeichen der Zersplitterung. Schuld daran sind die entstandenen Polizeiverbände, gegen die der Leiter der Schutzpolizei, Herr Abegg, nicht genügend vorgehe. Disziplin und Gehorsam müssen sich hier wieder durchsetzen.

Präsident Loebe gab bekannt, daß zwei Anträge eingegangen sind. Der eine, von rechts gestellt, will Sachen die Zuschüsse für die Schutzpolizei vorenthalten, bevor nicht das Kommissariat dort beseitigt ist. Der andere Antrag, von links gestellt, will Bayern die Zuschüsse streichen, weil Bayern eine Wörberzentrale sei.

Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer verteidigte die Zuschüsse für Sachsen.

Präsident Loebe teilte mit, daß noch ein Antrag eingegangen sei, der die parteipolitische Tendenz der Schutzpolizei ausschließen will.

Hg. Marek (D. Volksp.) bemerkte: Die Polizei muß besonders in schweren Tagen, wo durch Streit lebenswichtige Betriebe bedroht werden, eine zuverlässige Stütze der Regierung sein. Zum Schluß warf der Redner die Frage auf: Wo mag der französische Deputierte das Material über die deutsche Schutzpolizei herhaben? Von rechts her wurde hier gerufen: „Von Landesverrätern!“ Darauf entstand großer Lärm.

Der preussische Minister des Innern Severing erklärte darauf, Angriffe gegen die preussische Schutzpolizei sind an meine Adresse zu richten, nicht an die des Ministerialdirektors Abegg. Ich gebe zu, daß es mit der Disziplin besser sein könnte, daran ist die unverantwortliche deutschnationale Hege Schuld. (Lärm rechts.) Wir haben heute mit äußerst beschränkten Mitteln zu rechnen. Die Entente beschneidet uns die Mittel fortgesetzt. Für die Disziplinlosigkeit werden die Verbände verantwortlich gemacht. Die Sammlung unter der Schutzpolizei verurteile ich auch, aber andere Beamtengruppen haben auch gesammelt. In den Streittagen kam es darauf an, mit 80 000 Schutzpolizeibeamten die streifende Arbeiter- und Beamtenschaft in Schach zu halten und die Nichtstreifenden nicht zu verheizen. Da stand viel auf dem Spiel, und das Wort ist gelungen.

Hg. Koch-Weser (Dem.): Aufgabe des Reichstages ist es, dafür zu sorgen, daß der Einfluß des Reiches auf die Landespolizei nicht allzu sehr herabgedrückt wird. Der Minister des Innern müsse die Schutzpolizei aller Länder unter die Lupe nehmen. Die Technische Nothilfe ist für uns unentbehrlich.

„Ein notwendiges Übel.“

Reichsminister des Innern Dr. Köster verteidigte hierauf die Technische Nothilfe, wobei er besonders darauf hinwies, daß sie unter seiner, des Ministers des Innern Leitung stehe, und daß sie nur eingesetzt werde, wo es unumgänglich notwendig ist. Sache der Arbeiterführer müsse es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht nur die Nothstandsarbeiten erledigen. Bis dahin könne man die Technische Nothilfe nicht entbehren. Sie sei ein notwendiges Übel.

Hg. Mölkenbush (Zog.) verlas eine Erklärung seiner Fraktion, die eine Verständigung zwischen Technischer Nothilfe und Gewerkschaften wünscht, die im Haushalt eingesetzten Mittel jedoch ablehnt, weil die Technische Nothilfe mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft niemals zu einer dauernden Einrichtung werden darf.

Hg. Thomas (Komm.) bekämpfte ebenfalls die Technische Nothilfe. Nothstandsarbeiten müßten verrichtet werden, aber nur von Arbeitern.

Beratung des Preussischen Landtages.

(180. Sitzung.)

14. Berlin, 7. April.

Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Nachweisung über Aufstiegsmöglichkeiten der preussischen Beamten wird debattelos angenommen. Dann wird der zum Gesetz etat gestellte Antrag der Unabhängigen auf Streichung aller Unterstufungen für Pferdebesitzer abgelehnt.

Der Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Landtages wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen. Danach steigt die monatliche Entschädigung der Abgeordneten auf 5000 Mark, für in Berlin ansässige auf 4500 Mark. Die zweite Beratung des Domänen-Etats wird hierauf fortgesetzt.

Die Abstimmungen werden bis nach der Osterpause vertagt. Präsident Reinert vertagt die Sitzung mit guten Osterwünschen für die Abgeordneten. Die nächste Sitzung findet am 3. Mai statt.

Ankunft in Genua.

Wie man die Russen behütete.

Der Berichterstatter eines Berliner Blattes in Genua erzählt, mit wie großer Vorsicht die italienische Regierung zu Werke geht, um die in der Konferenzstadt eintreffenden Gäste gegen Attentate zu schützen. Bereits am Donnerstag vormittag ist die führende Gruppe der russischen Delegation in Genua eintreffend. Das große Er-

Die Siegerin.

52) Roman von Hans Schulze-Sorau.

Er deutete sich bei diesen Worten ganz dicht zum Kopfe der Schwester hinab und flüsterte ihr mit heiserer Stimme das Geheimnis seiner Schande ins Ohr.

Dann warf er sich laut aufstöhnend in einen Stuhl und verbarg sein Gesicht mit beiden Händen.

Lotte stand wie versteinert.

Soweit war es also schon mit dem Unseligen gekommen!

„Weiß es Mutter schon?“ fragte sie endlich.

Paul schüttelte den Kopf.

„Nein!“ sagte er dann leise. „Ich bringe es ihr gegenüber nicht über die Lippen! Sie stirbt ja, wenn sie's erfährt!“

„Sie stirbt ja, wenn sie's erfährt!“

Eine Woge von Bewußtlosigkeit strömte über das Mädchen hinweg: auf ihrer Haut war ein Stechen und Prickeln, wie es das Gefühl jähler Ohnmacht und Hilflosigkeit mit sich bringt.

Sie hörte gar nicht mehr, was der Bruder weiter zu ihr sprach, wie er immer flehentlich, immer verzweifelter mit Drohungen und Beschwörungen auf sie eindrang.

Wie betäubt saß sie in dieser reißenden Flut leidenschaftlicher Bitten und Selbstanklagen, sie hatte nur den einen einzigen Gedanken an die Mutter, daß ihr auch das Letzte von ihrem lieben Kinde nicht erspart blieb.

Sie war vor Paul bis in die äußerste Fensterrede zurückgewichen.

Haß und Verachtung sprühten aus ihrem glühenden Gesicht.

„Du hast es selbst gewollt, daß es so kommen muß!“ sagte sie atemlos. „Setz dich zu, wie du dir allein weiterhilfst! Ich bin auch nur ein Mensch mit dem Recht auf Glück! Warum soll ich mein Glück deinem Verbrechen opfern? Ich kann es nicht, Paul, und ich darf es nicht! Denn ich gehöre bereits einem anderen, den ich liebe, dem ich mein Wort verpflanze habe!“

Ihre Arme wankten.

Sie hatte das Gefühl, daß sie hinsinken, zu Boden schlagen müßte, nur, um nichts mehr von diesem grausigen

eignt, auf das ganz Italien wartete, ist ganz unbeschadet geblieben, da man das Publikum über die Ankunftsbedingungen absichtlich irreführte. Dafür war der Bahnhof überaus rigoros abgesperrt, und selbst die Journalisten wurden durch ein Gleiß von der Aufstiegsrampe entfernt gehalten. Da der Zug auf dem Bahnhof noch eine halbe Stunde warten mußte, hatte Tischlerin Gelegenheit, zum Waggonfenster hinaus den Gruß der Journalisten zu erwidern. Die zahlreichen Tunnel vor Genua waren von vielen bewaffneten Patrouillen kriegsmäßig gesichert. In geschlossenen Automobilen wurden die Russen in ihr Hotel gebracht.

Die Eröffnungsfeier.

Wird nach den bisherigen Abmachungen am Sonntag vormittag im Palazzo San Giorgio wahrscheinlich um 11 Uhr vormittags stattfinden. Es werden nur 80 Einladungskarten vergeben. Bei der Prüfung der Vollmachten gibt es wieder Schwierigkeiten mit den Russen, die bekanntlich wieder einen sogenannten Spitznamen führen, der nicht mit dem Hauptnamen übereinstimmt. Ihr Taufname ist den meisten ganz unbekannt.

Die Absichten der Neutralen.

In Bern ist eine größere Anzahl von Vertretern der kleineren europäischen Staaten, die im Kriege neutral waren, zusammengetreten, um ein gemeinsames Vorgehen in Genua zu beraten. Holland soll den Standpunkt vertreten haben, daß die Neutralen am meisten dazu berufen seien, zwischen den verschiedenen Gruppen zu vermitteln und dadurch zum Erfolg der Konferenz von Genua beizutragen. Von anderer Seite sei man dagegen der Ansicht gewesen, daß gerade angesichts der vielen Gruppierungen, die in Genua aufstreten werden, die Neutralen nur dann Aussicht hätten, etwas zu erreichen, wenn sie sich gleichfalls so fest, als es angesichts der Verhältnisse irgend möglich sei, zusammenschließen. Die Schweizer hätten sich in dieser Debatte ganz zurückgehalten, und der holländische Standpunkt scheine, wie man sagt, die Oberhand zu behalten.

Poincaré verleumdet weiter.

Verkürzung der Militärdienstzeit abgelehnt.

In der französischen Kammer setzt man das anmutige Spiel fort, die fürchterliche von Deutschland drohende Gefahr an die Wand zu malen, um damit das eigene Volk und die übrige Welt über den eigenen Rüstungswahnsinn hinwegzutäuschen. Nach einer Reihe von ebenso unterrichteten wie bedenkenlosen nationalistischen Abgeordneten schwang auch wieder Ministerpräsident Poincaré seinen abgenutzten Flammberg gegen Deutschland und behauptete u. a.:

Ich sage, daß wir gezwungen sind, Rücksicht zu nehmen auf den Geisteszustand Deutschlands, wo sich die militärischen Andeutungen häufen, wo eine Propaganda entfaltet wird, selbst bis in die Rheinlande, wo eine Propaganda der Verleumdung und der Lüge gegen uns, gegen die Belgier und gegen den Friedensvertrag betrieben wird. Wir müssen die Ausführung des Friedensvertrages sicherstellen. Das sind die Pflichten, denen sich keine französische Regierung entziehen kann. Ich will nicht die Voraussetzung ins Auge fassen, daß wir für die Verteidigung unserer Rechte eines Tages allein stehen werden. Wir hoffen wohl, daß der treue Beistand unserer Alliierten uns niemals fehlen wird. Aber die Geschichte und die Geographie zwingen uns ständig die gefährliche Last auf, Vorposten zu stehen. Wenn wir nochmals angegriffen würden, dürfen wir nicht unsere Mobilisation ohne wirkungsvolle Deckung vornehmen. Wir dürfen nicht den Nutzen der Befestigung des Rheinlandes verlieren und unser Land nochmals der Invasion aussetzen.

Nachdem der bekannte chauvinistische Wüterich de Cassagnac noch defamiert hatte, Deutschland habe bereits eine neue Mobilisation vorbereitet, war der Zweck der Abung erreicht und die beantragte Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf ein Jahr wurde mit 320 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Poincaré hatte die Abstimmung zugleich als Vertrauensvotum für sich bezeichnet und hat sich mit dem zwar etwas mageren Resultat nach seiner Meinung würdig gegen etwaige aus Genua kommende Ansätze zur Besserung der Weltlage gewappnet.

Wie leben wir?

Zeitgemäße Betrachtungen eines Nachdenklichen.

I.

Bußpredigten anzuhören, drängt man sich heute weniger als je. Allenfalls, wenn der offizielle Bußtag gekommen ist, zeigt man sich zu innerer Einsicht bereit, aber

uninteressant zu lesen und zu hören.

Mit letzter Kraft wollte sie sich zur Tür retten, doch der verzweifelte Mann zwang sie wieder in ihre Fensterrede zurück.

„Ich lasse dich nicht, Lotte!“ leuchtete Paul. „Es ist nicht wahr, was du sagst! Es ist nur eine Ausflucht, eine elende Ausflucht, damit ich zugrunde gehen soll! Ich glaube dir nicht, du mir nicht den Namen genannt hast!“

Seine Gedanken verwirrten sich in der ungeheuren Erregung.

Mit brutalem Griffe krallte er seine Finger in die weichen Arme des Mädchens und schüttelte sie, daß ihr fast die Sinne vergingen.

„Den Namen will ich haben, Lotte, hörst du, den Namen!“

„Paul!“

Bergens stemmte sie sich gegen seine überlegene Kraft. Leidenbläs, mit bebenden Gliedern, sahen sich die Geschwister tief in die Augen, voll heißer Feindschaft und doch wieder im Gefühl ihrer beider Zusammengehörigkeit.

Dann brach Lotte plötzlich zusammen.

„Laß mich, Paul!“ sagte sie mit matter Stimme. „Ich werde dir den Namen nennen! Es ist Kurt Rasmus!“

„Kurt Rasmus!“

Mit einem grellen Aufschrei trat Paul zurück; seine Hände lösten sich aus der eisernen Umklammerung.

Kurt Rasmus, das war die Rettung.

Es war auf einmal so ruhig geworden, daß Lotte ein neues Grauen vor dieser unheimlichen, gewitterschwülen Ruhe beschlich.

„Du betrachtest also diesen Rasmus als deinen Verlobten?“ fragte er endlich in scharf-ergänzierendem Tone. „Diesen Rasmus?“ war die Antwort. „Ich darf dich wohl bitten, wenn du von meinem Bräutigam sprichst, dich einer angemessenen Ausdrucksweise zu bedienen!“

„Ich wähle die Ausdrucksweise, die mir passend erscheint! Und ich glaube, liebes Kind, auch du wirst dich nach dem, was ich dir mitzuteilen habe, zu meiner Anschauung von Herrn Rasmus bekehren!“

Lotte zuckte die Achseln.

„Gib dir keine Mühe, meinen Bräutigam zu verunglimpfen. Er steht zu hoch, als daß ihn deine Anwürfe erreichen könnten!“

„Es bedarf keiner Verunglimpfung, wo ich die Tatsachen reden lassen kann.“

nur, um in den Kurs der großen Welt zurückzufallen, bald die Geißel des Alltags wieder über uns schwebt. Also gut, lassen wir den Eifer des Bußpredigers beiseite, seine Leidenschaftlichkeit, seine Bekehrungssucht; bleiben wir ruhig und nüchtern, versuchen wir aber einmal der Wahrheit auf den Grund zu kommen, der Wahrheit, die alle mehr oder weniger deutlich fühlen und erkennen, die aber niemand den Mut findet, mit geraden Worten herauszusagen, weil man sich mit ihr in dem Falle, den wir meinen, noch weniger beliebt machen kann, als es sonst schon denjenigen zu geschehen pflegt, deren Gewissen sich gegen Verleumdungen und Beschönigungen, gegen Halbheiten oder gar gegen Lüge und Trug auflehnt. Vielleicht, daß in diesem Falle doch noch ein gutes Wort auch eine gute Tat findet.

Im Handelsteil einer großen Berliner Tageszeitung war kürzlich in einer sehr sachverständigen Untersuchung über die Möglichkeit einer Stabilisierung unserer Valuta folgendes zu lesen:

„Zweifellos muß sich der deutsche Konsum im Interesse der Reparationsverpflichtungen gewisse Beschränkungen auferlegen. In manchen Schichten des deutschen Volkes herrscht heute ein Überkonsum. In anderen bleibt der Konsum nicht erheblich hinter dem Friedensstand zurück. Und nur ein Rest, dem keine Abwägungs- und Anpassungsmöglichkeit gegeben ist, spürt die Wirkungen der Geldentwertung in seiner Lebenshaltung empfindlich, manchmal geradezu grausam.“

Sie haben wir das Musterbeispiel einer Halbwahrheit vor uns, einer Art in Andeutungen zu sprechen, von denen niemand sich getroffen zu fühlen braucht, die dem Leser nicht wehe tun und eigentlich nur dem Eingeweihten zu erkennen geben soll, daß man im Grunde natürlich ganz gut weiß, wie es um uns steht. Der Handelsteil einer Zeitung darf sich wohl schließlich mit solchen vagen Andeutungen begnügen. Vorausgesetzt nur, daß im allgemeinen Teil des Blattes, wo zur Gesamtheit der Leser gesprochen wird, um so deutlicher gesagt wird, was ist. Statt dessen wird hier wie allerwärts eine Vogel-Strauß-Politik beliebt, die man nachgerade schon als unverantwortlich bezeichnen muß. Denn wenn es richtig ist, daß in manchen Schichten des deutschen Volkes heute ein Überkonsum herrscht, in anderen der Verbrauch nicht erheblich hinter dem Friedensstand zurückbleibt, so liegt in dieser Tatsache der schwerste Vorwurf begründet, der sich überhaupt gegen unsere Lebensführung erheben läßt. Wir sind mit Kriegsenüschädigungen bis über die Ohren belastet. Unsere Produktion ist infolge des Achtstundentages und vieler anderer durch Krieg und Revolution begründeter Verhältnisse stark zurückgegangen, und der Steuerbedarf des Reiches, der Länder und der Städte hat alles früher gekannte Maß unendlich überschritten — und trotzdem Überkonsum „in manchen Schichten“. In anderen ziemlich unveränderte Lebenshaltung im Vergleich zum Friedensstand? Mühte uns nicht der Vorwurf gewissenlosen Leichtsinns treffen, wenn die Feststellung dieses sachkundigen Volkswirtschaftlers zu Recht besteht?

Nun aber, besteht sie zu Recht?

Jeder von uns hat wohl schon am eigenen Leibe den Antriebsverspür, wenn eine neue Steuerwelle heranbraust, sich zu den Preisen, die wie man befürchten muß, nie wiederkehren werden, so rasch wie möglich noch zu versorgen an allem, was dem eigenen Geldbeutel überhaupt erreichbar ist. Die Schneider, die Schuhmacher wissen ein Lied davon zu singen, wie sie zu solchen Zeiten mit Bestellungen überlaufen werden; wie der Kunde, den sie sonst kaum einmal im Jahre zu sehen bekamen, gleich sechs Anzüge auf Vorrat in Auftrag gab, sich dazu die beste Ware ansuchte, die überhaupt am Markt war, und wie dabei der Preis von Ware und Arbeit kaum eine Rolle spielte. Den Kaufleuten werden ihre Lagerbestände aus den Händen gerissen. Die Fabrikanten können selbst ihre bevorzugtesten Abnehmer beim besten Willen nicht befriedigen. Unter der Einwirkung dieser Verhältnisse werden Löhne, Gehälter und Kostpreise wieder unweigerlich in die Höhe getrieben, und das Nachsehen hat, wer mit diesem reißenden Strom nicht mitgeschwommen ist. Sei es, weil er zu besinnlich veranlagt, oder weil er eben nicht imstande gewesen ist, seinem Portemonnaie einen solchen Gewalttaterlaß zuzumuten.

Sie liegt unabweisbar ein Fall von Überkonsum vor. Aber ein Fall, für den es viele Entschuldigungen gibt, in erster Reihe die, daß die Fürsorglichkeit für die Zukunft jedem nicht nur auf das heute bedachtene Hausvater, jeder um das Wohl ihrer Familie bemühten Hausmutter als höchste Pflicht erscheinen muß. Dabei aber darf man wohl auch sagen, daß dieser zeitweise immer wieder eintreffende Ansturm der Käufer auf Bekleidungs-, auf Wäsche-, auf Lebens- und Gebrauchsmittel aller Art nicht bloß von

Paul hatte bei diesen Worten in sein Jackett gegriffen und überreichte der Schwester einen Brief.

„Wirst du, bitte, in dies Schreiben Einsicht nehmen!“ sagte er. „Ich finde es zum mindesten eigenartig, wenn ein Bräutigam eine andere Dame mit derartigen Liebesgrüssen bedenkt.“

„Paul, was soll das bedeuten?“

Mit großen, entsetzten Augen starrte Lotte auf das dünne Briefblatt.

Es war von Kurt's Hand; im ersten Moment hatte sie seine scharfen, charakteristischen Schriftzüge erkannt.

Mit halblauter Stimme las sie über die verhängnisvollen Zeilen hinweg, dies unselige Bekenntnis einer verzehrenden Leidenschaft, aus dem es ihr plötzlich wie eine fengende Lohzunge entgegenzuschlagen schien:

„Was heißt überhaupt, ich liebe dich, Ellen? Ich bin wahnsinnig! Es ist kein anderer Gedanke in mir als du und immer wieder du, Ellen —“

Das schrieb Kurt, ihr Kurt — einer anderen!

Ihr Kurt, dessen Küsse sie noch auf ihren Lippen zu fühlen meinte.

„Es ist kein anderer Gedanke in mir, als du und immer wieder nur du, Ellen!“

Sie dachte auf einmal ganz sinn- und zusammenhanglos. Sie suchte nach einem Halt für ihre Hände, für ihren ganzen Leib, in herzählender Angst.

Noch wehrte sie sich mit aller Kraft ihrer großen, vertrauten Liebe gegen diese entsetzliche Wahrheit, von der sie es instinktiv empfand, daß mit ihr auch ihr Glaube an alles Hohe und Reine im Menschen, ihr Glaube an die Menschheit überhaupt in Trümmer ging.

Wie der Schrei eines verwundeten Tieres rang es sich endlich schwer aus ihrer gequälten Brust.

„Es ist nicht wahr, Paul, was auf diesen Blättern steht! Es ist eine Lüge, eine Fälschung, mit der ihr nur meinen Widerstand brechen wollt! Woher hast du diesen Brief, Paul! Das hat Kurt nicht geschrieben.“

Mit einem fliehenden Blick scheren Jammers sah sie zu dem Bruder auf, doch Paul blieb unbewegt.

Fortsetzung folgt.

„männlichen Schichten“ unseres Volkes ausgeht, sondern so ziemlich alle Kreise umfaßt. Der Bauer wie der Arbeiter, der Kaufmann wie der Handwerker. Der Beamte wie der Angestellte. Kurz, jedermann will nach Möglichkeit vor- sorgen, um in Zukunft nicht leer auszugehen oder die Ware noch höher bezahlen zu müssen, als es in der Gegen- wart schon vorrätig ist. Soweit, so gut; man muß sich eben mit diesen Anschauungen abfinden, weil sie von der nun einmal in Unordnung geratenen Weltwirtschaft der Nachkriegszeit leider Gottes unzertrennlich sind.

Etwas anderes ist es aber schon mit denjenigen Ham- sterern, die nicht nur in Zeiten besonders anspringender Forderung zusammenraffen, was ihrem Geldbeutel gerade erreichbar ist, und die ihre Sammelwut auch auf andere Gegenstände, als solche des notwendigen Gebrauchs, aus- dehnen. Die Leute, die keine Mähe lernen, ehe sie nicht ihre mühselos aufgehäuften Papiergeldberge so oder so in Sicherheit gebracht haben, geben einmal ein schlechtes Bei- spiel, entseßeln Geld und Empörung rings umher über ihre verschwenderische Lebensweise und ersticken mit der heraus- fordernden Art ihres Aufstrebens den Sinn für Einfach- heit, für Beschränkung auf das Notwendige, für Sparsam- keit und Mäßigkeit, wo immer er sich noch im Volke findet. Sie züchten auch bei den Vorkriegsleuten und Verkäufern die Meinung in Hochmuth gegenüber dem schlichten Bedarf, gegenüber der Nachfrage aus bescheidenen Verhältnissen; was wiederum dazu beitragen muß, den Sinn für Genügsamkeit und Mut zum Ausbarren, ja auch das Pflichtgefühl gegen Staat und Gesellschaft zu er- schüttern. Deshalb dürfen wir uns nicht damit trösten, daß hier nur sehr engbegrenzte Kreise in Frage kommen, die berückichtigten neuen Reichen, deren Lebensführung dem geübten Teil des Volkes mehr zum Spott als zum Argerniß gereiche. In Wahrheit sind sie ein freßendes Übel, das, wenn es nur geringe, ausgerottet werden müßte mit Pech und Schwefel. Sie betrügen den Staat um seine nur zu berechtigten Steuerforderungen; sie schädigen die Gesellschaft um sich her an Haupt und Gliedern. Solange sie ungeschoren bleiben, haben wir einen Pfahl im Fleische, der die unbedingt notwendige Einschränkung und Aus- gleichung des Konsums zur Herbeiführung einer Stabili- sierung unserer Währung unmöglich macht. —r.

lokales und Provinzielles.

Salver, den 9. April 1922

□ Zur Wetterlage. Wie zu erwarten war, stand auch die erste Aprilwoche im Zeichen des sprichwörtlichen „Aprilwetters“. Dem auf dem Atlantischen Ozean liegen- den Hochdruckgebiet lag ein zweites Hoch über Nordruß- land und Finnland gegenüber, während sich dazwischen ein Tiefdruckwirbel nach dem andern über Mitteleuropa her- umtrieb. Die Folge waren Schnee-, Regen- und Graupel- fälle, dazwischen aufhellendes Wetter. In Westdeutschland entluden sich noch dazu am 4. April vielfach lokale Ge- witter. Die Temperaturen waren der Jahreszeit ent- sprechend ziemlich niedrig; sie lagen zumeist nur wenige Grade über dem Gefrierpunkt. Aus Ostdeutschland wurde leichter Frost gemeldet. Am 6. April betrug die Durch- schnittstemperatur in Berlin 1,9 Grad Celsius gegenüber einem normalen Wert von 7,8 Grad. Die Hoffnung, daß dem Mitte der Woche über der Ostsee lagernde Tief das im Westen oder Norden lagernde Hoch folgen würde, er- füllte sich nicht. Vielmehr zeigte sich bereits am 6. April westlich von Schottland ein neuer Tiefdruckwirbel. In- folgedessen dürfte das vorwiegend trübe, veränderliche Wetter mit wiederholten Niederschlägen fortauern.

—* Der Regierungspräsident zu Arnberg erläßt folgende Polizeiverordnung: Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesver- waltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Arnberg nachfolgende Polizeiverordnung erlassen: § 1. Bei der Vorführung von Lichtspielen ist das Rauchen im Zuschauerraum so- wie das Betreten dieses Raumes mit unverwahrtem Licht oder Feuer, insbesondere auch mit noch glimmenden Pfeifen, Zigarren oder Zigaretten, verboten. § 2 Die Unternehmer von Lichtspielen sind verpflichtet: a) in deutlich erkennbarer Weise auf dieses Verbot hinweisende Schilder an der Kasse, am Eingange des Zuschau- raumes und in diesem selbst anzubringen, b) für die Entfernung der vom Verbote des § 1 zuwiderhandeln- den Personen, nötigenfalls unter Inanspruchnahme poli- zeilicher Hilfe, Sorge zu tragen. § 3. Zuwiderhand-

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer aus den Nieder- spannungsebenen versorgten Kleinabnehmer, daß der Brennstoff- preis vom 1. April ds. Js. ab eine Erhöhung erfahren hat und zurzeit 10050.— Mk. für 10 t frei Kraftwerke beträgt. Nach der bestehenden Teuerungsklausel beträgt daher der ab 1. April ds. Js. bis auf weiteres in Anrechnung zu bringende Teuerungszuschlag bei 40 Pfg Grundpreis 662 Pfg zusammen also 702 Pfg. Strompreis und bei 20 Pfg. Grund- preis 331 Pfg. zusammen also 351 Pfg. Strompreis für 1 KW.-Stunde.

Sagen i. W., den den 7. April 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk „Markt“, Aktien-Gesellschaft.

Amt Salver. Maul- u. Klauenseuche.

Ueber das Gehöft Birkenbaum ist die Sperre verhängt. Jeder Verkehr mit Kleinvieh innerhalb dieser Ortschaft wird hiermit strengens unterlagt.

Bekanntmachung.

Gemäß Erlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 22. ds. Mts. bleiben sämtliche Anordnungen auf Grund der Mieterichg- und Wohnungsmangelgesetzgebung bis zum 30. 6. 22 in Kraft.

Der Amtmann.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)

PIANOS

mit Klangsteg
D. R. G. M. 458403

Flügel, Harmoniums und Kunstspiel-Instrumente

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

lungen gegen die §§ 1 und 2 werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. April 1922 in Kraft.

—* **Änderung der Ferienordnung.** Durch eine Verfügung des Oberpräsidenten ist der Beginn des neuen Schuljahres auf Dienstag, den 25. April, anstelle auf Mittwoch, den 26. April, festgesetzt worden. Die auf Pfingstferien beginnenden am Freitag, den 2. Juni und Pfingstferien am Dienstag, den 13. Juni. Die Herbstferien dauern von Mittwoch, den 9. August bis Mittwoch, den 13. September. Die Weihnachtsferien dauern von Frei- tag, den 22. Dezember bis Dienstag den 9. Januar 1923.

—* **Meisterkurse für die Provinz Westfalen.** Am 12. Juni 1922 beginnt in Dortmund je ein acht- wöchiger Meisterkursus für Schuhmacher, Schneider, Schreiner. Aufgenommen werden Meister und solche Gesellen, die sich in Kürze selbstständig machen wollen und die Gesellenprüfung abgelegt haben. Das Unter- richtsgeld beträgt 400.— Mk. für den Kursus. Bedürf- tigen Teilnehmern kann eine Beihilfe zum Lebensunter- halt bewilligt werden. Anmeldungen sind bis spätestens 25. Mai 1921 unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, eines amtlichen Führungszeugnisses und der Ausweis über die Lehrlings-, Gesellen- und ge- gebenenfalls Meisterverhältnisse an den Leiter der Kurse Herrn Professor Huber in Dortmund, Brüggmann- straße 25 (Handwerker- und Kunstgewerbeschule) einzu- reichen. Die westfälischen Handwerkskammern sind zur weiteren Auskunftserteilung gern bereit. Die nächst- folgenden Kurse sollen Mitte Oktober 1922 stattfinden. Vorgezogen sind Kurse für Bau- und Möbelschreiner, Schuhmacher und Schneider.

—* **Vertilgung des Hufstatts.** Mit Rücksicht auf die diesjährige Witterung wird der Zeitpunkt, bis zu dem der kleine und große Hufstätt abgeköpft und vernichtet sein muß, auf den 10. Mai d. Js. festgesetzt.

Hagen, 6. April. Schwurgericht. Das Hagener Schwurgericht verhandelte gestern in zwei Strafsachen. In der ersten Sache hatte sich der Bautechniker Paul Wegel in Hemer wegen Kontrahatsverbrechens zu ver- antworten. Dieser hat inzwischen den geldlichen Schaden wieder gut gemacht. Unter Zuhilfenahme mildernder Um- stände wurde er wegen Verbrechens aus § 239 zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Zahlung einer Buße von 2000 Mark wurde dem Verurteilten Be- währungsfrist zugebilligt. — Die zweite Sache richtete sich gegen die 18jährige Haushälterin Antonie Baumann und den Rohrzähler Konrad Wasmuth aus Bausenhagen bei Tröndenberg. Die Anklage legte ihnen Meineid bezw. Verleitung dazu zur Last. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Da sich Meineid bezw. Verleitung dazu nicht einwandfrei feststellen ließ, wurden beide Angeklagte freigesprochen. — Da die für morgen angelegte Verhandlung ausfällt, so erreichte die Tagung bereits ihr Ende und die Geschworenen wurden mit dem Danke des Vorsitzenden entlassen.

—* **Mitena, 7. April.** Der bei der Kreiskommunalverwaltung tätige Amtmannsanhänger Böggeler wurde gestern zum Amtmann des Amtes Letmathe gewählt.

—* **Dortmund, 6. April.** Um eine schärfere Kon- trolle der in den Hotels und Gasthäusern vorübergehend Aufenthalt nehmenden fremden Personen durchzuführen hat die Polizei eine neue Verordnung über das Fremden- meldewesen erlassen, die am 1. Mai in Kraft tritt. Da- nach sind alle Fremden verpflichtet, die vorliegenden Fremdenzettel vollständig sogleich nach Ankunft auszu- füllen, dem Wirt oder dessen Vertreter gegenüber auf Verlangen ihre Person auszuweisen. Als Fremder gilt wer in einem Hotel usw. vorübergehend Aufenthalt nimmt. Auch in Dortmund anässige Personen, die nur gelegentlich in einem Hotel Nachtquartier nehmen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark belegt.

Münster, 6. April. Westfälischer Bauernverein. Die Generalversammlung des Westfälischen Bauernvere- eins, die sonst immer in Münster stattfand, tagte dies- mal in Paderborn und war von Tausenden besucht. In seiner Eröffnungsrede gab der Präsident Freiherr

von Kärsting-Borg eine Umschau über das politische und wirtschaftliche Leben und betonte die Bedeutung des Hilfswerkes der Deutschen Landwirtschaft. Wenn damit die Landwirtschaft ihre Pflicht erfülle, so müsse sie auf der anderen Seite aber auch verlangen, daß man die Hemmnisse beseitige, die ihr Atem und Be- wegung nehmen, daß man die Reste der Zwangswirt- schaft beseitige und von dem steuerlichen Raubbau ab- lasse, der die Produktion zerstöre, indem er die Substanz des Vermögens, das Betriebskapital der Wirtschaft entreiße. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach die neuen Forderungen der Entente von der Landwirtschaft mit einem unzweideutigen Nein zurück- gewiesen werden. Eine andere Entschließung spricht sich für eine Abänderung der Erbschaftsteuer aus. In der Aussprache wurde das Vorgehen der Landesfinan- zämter geißelt und eine weitere Entschließung ange- nommen, die die Forderung ausspricht, daß die Steuer- kommissionen der Landesfinanzämter sich in Zukunft auch aus landwirtschaftlichen Sachverständigen zusammenlegen sollen. Freiherr von Ledebour sprach über das „Hilfs- werk der deutschen Landwirtschaft“. Die Ausführungen gipfelten in dem Gedanken: Die Landwirtschaft ist allen Ernstes zu diesem Hilfswerk bereit und wird es aus- führen, doch muß die Regierung so einsichtig sein, nicht mit einem neuen Umlageverfahren zu kommen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine Aussprache, aus der heraus eine weitere Entschließung ein erneutes Umlageverfahren ablehnt. Als dritter Redner sprach Dr. Buchmann, Geschäftsführer des Vereins Bochum über die „Enteignung von zu Bauland geeigneten Grundstücken und die Interessen der Landwirtschaft“. Der Redner sprach sich gegen das Gesetz über die Ent- eignung von Grundstücken aus. Eine entsprechende Entschließung wurde angenommen.

Münster 7. April. Erst 12 Jahre Zuchthaus, dann freigesprochen. Der Holzbildhauer Peter Schijit aus Buer-Erle war wegen Teilnahme an einem schweren Raube bei einem Landwirte in Burlo, wobei der Land- wirt getötet wurde, vom hiesigen Schwurgericht im Sep- tember vor. Js. zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde er jetzt freigesprochen. Schijit, der sehr häufig vorbestraft ist, wurde nach seiner letzten Haftentlassung von einem Kriminalbeamten in Buer-Erle zu Spitzeldiensten herangezogen. Bei dieser Gelegenheit kam Schijit mit 3 von der Polizei gesuchten Leuten zusammen, die in seiner Begleitung den besagten Raub in Burlo ausführten und von denen einer rechts- kräftig zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt ist. Die beiden anderen Täter waren seinerzeit, nachdem sie sich nach Holland gewandt hatten und dort festgenommen waren, auf der Flucht aus einem dortigen Gefängnis erschossen worden.

Köln, 6. April. Die Kölner Messe G. m. b. H. ist nunmehr begründet worden. Gegenstand der Unter- nehmung ist die Förderung von Handel und Industrie durch die Veranstaltung von Messen. Gesellschafter sind: die Stadt Köln, die Kölner Handelskammer, die Handwerkskammer, der Verband Kölner Großfirmen, der Verein der Industriellen für den Bezirk Köln, der Köln Detailverband und je ein bevollmächtigter Vertreter folgender Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewer- schaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschafts- ring Zentralverband der Angestellten.

Wetter-Aussichten

- für mehrere Tage im Voraus.
- 9. April. Sonne, Wolken strichweis Niederschlag, kühl, windig.
 - 10. April. Wolken, Niederschläge, milde, Wind. teils stürmisch.
 - 11. April. veränderlich, windig, rau.
 - 12. April. wenig verändert, Tags milde.
 - 13. April. kaum verändert.
 - 14. April. Sonne, Wolken, sehr windig, teils Nieder- schlag, Tags milde.
 - 15. April. veränderlich, milde.

Schiffleitung: Wilh. Bell, Salver i. Westf.

Ich bin zum

Notar

ernannt.

Dr. Schemmann,

Rechtsanwalt und Notar.

Lüdenscheid, den 1. April 1922.

Sauerfelderstr. 151 Fernruf 83.

Bäuerl. Bezugs- und Abf.- Genossenschaft Anslag.

Wir erhalten in den nächsten Tagen einige Ladungen

Pflanzkartoffeln

wozu noch Bestellungen, solange der Vorrat reicht, entgegenge- nommen werden.

Ammoniat

auf Lager vorrätig

Eugen Zimmermann, Geschäftsführer.

Tabak

empfehl

Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle

Achtung!

Stenographenverein „Stolze-Schrey“

Deckinghausen.

Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr beginnt der neue

Stenographie-Kursus

im Vereinslokal „zum deutschen Eck“, Deckinghausen.

Achtung!

Stenographenverein „Stolze-Schrey“

Deckinghausen (Abt. Brügge).

Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr beginnt der neue

Stenographie-Kursus

im Vereinslokal Emil Merz, Brügge. (Weiter: Erich Klingel- berg, Brügge).

Hühneraugen



werden Sie sicher los durch

Hühneraugen-Lebewohl

Horn-Haut an der Fußsohle befestigt

Lebewohl-Ballen-Scheiben

kein Verrutschen u. Festkleben am Strumpf. In Drogerien und Apotheken Bleichbode 4. und 6. — Markt.

Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke

Drogerie A. Cordt, Schalksmühle.

Habe mehrere gebrauchte



Fahr- räder

preiswert abzugeben.

Wilh. Diebel, Kierspe-Bahnhof.

Maschinist und Heizer

für Lokomobile

gegen hohen Lohn sofort gesucht

Aug. Grote,

Oberbrügge.

Einige

Fallhammerschmiede

sowie mehrere

Hilfsarbeiter

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Dresbach & Cie.

Salver i. Westf.

Zigarren! Zigaretten!

Rauch- und Kautabake nur beste Qualitäten!

Edle Brunerzpipefen u. -Mugen, Zigarren- u. Zigarettenspitzen, Tabakdosen und -Beutel.

Zigarren- u. Zigarettenetuis in großer Auswahl empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,

Schalksmühle.

Aus unserer Grossen

Auswahl!

Damen-Konfektion.

Damen-Mäntel 398.- 650.- 975.- 1450.-
Jacken-Kleider 850.- 1275.- 1650.- 1950.-
Garn. Kleider 495.- 675.- 950.- 1375.-
Damen-Jumper 198.- 275.- 365.- 575.-
Damen-Blusen 49.- 58.- 138.- 198.-
Damen-Röcke 68.- 118.- 185.- 245.-
Unter-Röcke 68.- 88.- 125.- 165.-

Damen-Schürzen 59.- 85.- 95.- 110.-
Kinder-Schürzen 39⁵⁰ 58.- 88.- 110.-
Jackett-Kragen 24⁵⁰ 48.- 69.- 85.-
Leder-Handtaschen mit kleinen Fehlern
145.- 195.- 265.- 350.- 495.-

Damen-Hemden 88.- 95.- 115.- 135.-
Damen-Beinkleider 58.- 75.- 98.- 115.-
Damen-Nachthemden 175.- 185.- 275.- 325.-
Damen-Untertaillen 29⁵⁰ 39.- 48.- 65.-

In der II. Etage: Gardinen, Halbstores, Dekorationen, Handarbeiten, Teppiche u. Läuferstoffe zu mäßigen Preisen.

Sonntag den 9. April ist das Geschäft von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Gebrüder Alsberg, Lüdenscheid.

Münch-Berg

ELBERFELDER STR. 12 * I. ETAGE

Kaufen Sie jetzt

bevor die Ware noch teurer wird!
Durch rechtzeitigen Einkauf können wir Ihnen noch
concurrentlos billige Preise in

Herren- und Damenkonfektion

Decken Sie Ihren Bedarf bei uns.

stellen!

Damen- u. Backfisch-Mäntel

aus besten reinwollenen Covercoats-Tuchen
und englischen Stoffen . . . schon von 490.- an und höher.

Elegante Tailen-Kleider

in modernsten Verarbeitungen, nur la rein
woll. Stoffe, sowie Seiden und Wolltrikots
Voile etc., in allen Farben . . . schon von 390.- an und höher

Blusen und Röcke

aus nur guten Stoffen, modern verarbeitet, in
all. Größen, auch Frauenweiten . . . schon von 95.- an und höher

Herren- u. Jünglings-Anzüge

neueste Frühjahrsmoden, besonders gute
Qualitäten . . . schon von 590.- an und höher

Schlüpfer-Paletots u. Lodenmäntel

flotte gute Formen in jeder Größe
schon von 390.- an und höher

Hochelegante Jackenkleider

und Strickjacken in reicher Auswahl
zu sehr billigen Preisen

Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.

Verkauf nur 1. Etage.

Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.

Statt besonderer Anzeige.



Heute nachmittag 3^{1/2} Uhr entschlief
sanft und Gott ergeben unsere herzensgute
Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgross-
mutter und Tante

Witwe Mathilde Markus
geb. Plate

im Alter von 76 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Kierspe, Kierspe-Bhf, Meinerzhagen,
Hamburg u. Frankfurt a. M., den 7. April 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 10. April,
nachmittags 3 Uhr, von Kierspe aus statt.

Beileidsbesuche dankend verboten.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute abend entschlief sanft und Gott
ergaben unsere liebe, gute Mutter, Schwieger-
mutter, Grossmutter und Tante

Wwe. Ludwig Neuhaus

Amalie geb. Enneper

im Alter von 81 Jahren.

In tiefer Trauer:

Klara Neuhaus

Fritz Neuhaus

Milly Neuhaus

geb. Neuhaus

und 3 Enkel.

Kückelhausen, den 7. April 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den
11. ds. Mts., nachm. 2 Uhr vom Sterbehaus aus
statt.

Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden wolle
man bitte Abstand nehmen.

Für die vielfachen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Heimgange unserer unvergesslichen, lieben
Mutter, sage ich, gleichzeitig im Namen meiner
Geschwister, allen hierdurch

innigsten Dank.

Albert Grüber.

Rhadernmühle b. Oberbrügge, den 10. April 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Heimgange unserer lieben Mutter, sagen
wir allen unsern herzlichsten Dank.

Geschwister Böhmer.

Ehringhausen, den 8. April 1922.

Trauerdrucksachen aller Art fertigt schnell an
W. H. Bell jr., Sa'ber.